



# **„Gesundheit für jung und alt im Rhein-Erft-Kreis sichern!“**

**Helga Kühn-Mengel MdB**

Vorsitzende der SPD-Kreistagsfraktion im Rhein-Erft-Kreis

**Hans Krings**

Landratskandidat für den Rhein-Erft-Kreis

**Guido van den Berg**

Vorsitzender der Rhein-Erft SPD

## **Gesundheitskonzept der Rhein-Erft SPD für die öffentliche Versorgung im Kreis:**

- 1) Infektions- und Impfschutz optimieren.
- 2) Gesundheitsprävention stärken.
- 3) Reihenuntersuchungen für Kinder und Jugendliche weiter intensivieren.
- 4) Angebote für Demenzkranke und ihre Angehörigen umfassend ausbauen.
- 5) Pflegestützpunkte schaffen.
- 6) Programm für altersgerechtes Wohnen jetzt entwickeln und umsetzen.

Erftstadt, 19. Mai 2009

[www.rhein-erft-spd.de](http://www.rhein-erft-spd.de)

Vorbemerkung:

**„Wer nicht jeden Tag etwas für seine Gesundheit aufbringt,  
muss eines Tages sehr viel Zeit für die Krankheit opfern.“**

Sebastian Kneipp

Dieses Kneipp-Zitat aus dem vorletzten Jahrhundert bezieht sich zwar auf den einzelnen Menschen, es umschreibt jedoch auch sehr treffend und aktuell, nach welchen Maßstäben das öffentliche Gesundheitssystem heute – im Rhein-Erft-Kreis - ausgerichtet werden muss.

Um die Gesundheit der jungen und alten Menschen zu sichern und möglichst zu verbessern, muss sich der Rhein-Erft-Kreis den aktuellen Herausforderungen stellen, er muss dafür real „etwas aufbringen“.

- ✓ Ein zentraler Punkt ist das **regionale Krisenmanagement bei Infektionsfällen oder drohenden Infektionen** (wie beispielsweise Grippe oder sog. Schweinegrippe, Krankheiten durch Noroviren oder durch den MRSA-Problemkeim). Das Gesundheitsamt des Kreises muss für diese Aufgaben die notwendige personelle Ausstattung erhalten.

Darüber hinaus ist die **Impfkampagne** des Kreises gegen Masern-Mumps-Röteln und andere Krankheiten - die nur durch das intensive politische Nachhaken der SPD im Rhein-Erft-Kreis überhaupt realisiert wurde - weiter zu führen. Auch für diesen Bereich ist die personelle Ausstattung beim Kreis sicher zu stellen.

- ✓ Ferner gilt es, die **Gesundheitsprävention** stärker in den Fokus zu rücken und den Bürgerinnen und Bürgern im Kreis mehr Präventionsangebote zu machen. Hiefür benötigt der Rhein-Erft-Kreis eine Gesundheits-Koordinationsstelle, welche die breite Zahl von Gesundheitsprogrammen des Bundes, der Kassen, der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und anderer Institutionen aufgreift und für die Kinder, Senioren und für alle anderen Bürgerinnen und Bürger nutzbar macht. Das hierfür zusätzlich notwendige Personal muss beim Gesundheitsamt angesiedelt werden. (vgl. 2))
- ✓ Die **Reihenuntersuchungen** in den Kindergärten und Grundschulen müssen wieder in größerem Umfang durchgeführt werden. Sie sollen über Zahnprävention für kleine Kinder, Einschulungs- und Abschlussuntersuchungen sowie stichprobenartige Untersuchungen hinausgehen. Wir streben die breite Ausweitung von Reihenuntersuchungen auf Jugendliche (an die der Rhein-Erft-Kreis als Schulträger beispielsweise über die Berufsschulen herantreten kann) an. (vgl. 3))

Umfassende Lehren sind aus dem demographischen Wandel im Kreis zu ziehen und auf das öffentliche Gesundheitssystem im Rhein-Erft-Kreis zu übertragen. Daraus resultiert:

- ✓ **Angebote für Demenzkranke und ihre Angehörigen** sind fortlaufend auszubauen (vgl. 4))
- ✓ **Pflegestützpunkte** sind zu errichten (vgl. 5))
- ✓ **Programm für altersgerechtes Wohnen** jetzt entwickeln und umzusetzen. (vgl. 6))

Die Altersstruktur im Kreisgebiet verschiebt sich – ähnlich wie im ganzen Bundesgebiet - unauffhaltsam zugunsten der älteren Menschen. Der Anteil der jungen Bevölkerung ist deutlich rückläufig. Am 31.12.1988 betrug der Anteil der 18 bis 25jährigen 11,9% der damaligen Gesamtbevölkerung des Kreises. Im selben Jahr betrug der Anteil der 65jährigen 12%. Am 31.12.2006 betrug der Anteil der 18-25jährigen dann nur noch 7,6% der Gesamtbevölkerung im Kreis, während der Anteil der über 65jährigen bereits auf 18,7% angestiegen ist. (Daten-Quelle: „Weniger – Älter – Bunter. Der Rhein-Erft-Kreis im demographischen Wandel. Hrsg. Rhein-Erft-Kreis 2008)

Künftig wird es demnach immer mehr Menschen mit einem höheren Lebensalter geben. Die gesundheitliche Versorgung dieser Menschen wird in den kommenden Jahren eine deutlich größere Rolle spielen als heute.

Dabei muss besonders die Versorgung von Demenzkranken dringend verbessert werden. Für ein aktives und kompetentes Altern müssen vor Ort die notwendigen Rahmenbedingungen geschaffen werden. Im Vordergrund müssen Selbständigkeit, Lebenszufriedenheit, soziale Integration und materielle Sicherheit stehen.

Die demographische Entwicklung stellt eine große Herausforderung hinsichtlich einer angemessenen Versorgung älterer Menschen mit Wohnraum und Pflegediensten, aber auch mit Pflegeberatung, Hilfen für Angehörige und einem altersgerechten Wohnumfeld dar.

In den vergangenen Jahren wurden die Rahmenbedingungen für alte Menschen durch gesetzliche Maßnahmen auf Bundesebene (Bsp. Pflege-Weiterentwicklungsgesetz) zum Teil schon verbessert. Für die SPD stand und steht dabei die Bewahrung und Wiederherstellung von Gesundheit – mit weitestgehender Selbständigkeit - immer im Mittelpunkt.

Wir sehen es als Pflicht, Chancengleichheit und die Teilhabe aller zu ermöglichen. Hier geht es einerseits um frühe gesundheitliche Prävention und Hilfe, aber auch um gesundheitliche Prävention und Hilfe für Jugendliche, junge und ältere Erwachsene und um eine dem Bedarf entsprechende Gesundheitsversorgung für alle.

Das wirklich Wichtige wird von der derzeitigen CDU/FDP Kreistagsmehrheit und Landrat Stump aber nicht angegangen.

Insbesondere wird der **Bereich Gesundheit und soziale Sicherung im Kreis derzeit stark vernachlässigt.**

So sei noch mal daran erinnert: Die SPD-Kreistagsfraktion hatten bei den Hauhaltsverhandlungen 2009 auf Kreisebene 17 Anträge zu verschiedenen Aufgaben eingebracht, die der Rhein-Erft-Kreis dringend erfüllen müsste.

Fast alle Anträge – insbesondere die für den sozialen Bereich, zur Stärkung der Gesundheit von Kindern, Jugendlichen und Senioren und zur allgemeinen Gesundheitsprävention im Kreis – wurden von CDU/FDP mit Landrat Stump zusammen niedergestimmt. Die schwarz/gelbe Kreistagsmehrheit war nicht in der Lage, die Bedeutung der gesundheitspolitischen Themen für die Zukunft, vor dem Hintergrund der demografischen Entwicklung, zu sehen.

Ob es um die **Impfkampagne** ging, die über Jahre vernachlässigt wurde oder um die Ausweitung der Reihenuntersuchungen in den Kindergärten. In allen Bereichen mussten wir Sozialdemokraten erst öffentlich Druck machen, bevor im Kreis etwas passierte.

Durch die neue Struktur im Gesundheitsamt ist nun zwar Einiges in Gang gekommen. Aber die unzureichenden gesundheitspolitischen Vorgaben der noch amtierenden CDU/FDP-Kreistagsmehrheit und die - seit vielen Jahren bekannte und von uns Sozialdemokraten benannte - zu geringe personelle Ausstattung im Gesundheitsamt wirken sich negativ auf das öffentliche Gesundheitswesen im Kreis aus.

Demgegenüber ist die Rhein-Erft SPD bereit, das wirklich Wichtige zu tun. Wir werden – mit Hans Krings als Landrat – folgende Maßnahmen umsetzen:

## 1. Infektions- und Impfschutz optimieren.

Der Kreis muss mindestens eine zusätzliche **Stelle für Infektions- und Impfschutz** einrichten. Bei diesen originären Kreisaufgaben gibt es deutlichen Handlungsbedarf.

Der Gefahr von Infektionsfällen in Praxen, Krankenhäusern und darüber hinaus muss umfassend – mit dem entsprechenden ärztlichen Personal – vorgebeugt werden.

Dem Gesundheitsamt des Kreises unterliegt unter anderem die medizinische Prüfung (Stichwort: Hygieneüberwachung) der Krankenhäuser, der niedergelassenen Praxen und anderer Einrichtungen, ebenso die Information und Beratung der Bürgerinnen und Bürger.

Zur Erledigung dieser Pflichtaufgaben muss das Gesundheitsamt personell besser ausgestattet sein.

Für den Kreishaushalt 2009 hatte die SPD eine zusätzliche Stelle für den **Infektions- und Impfschutz** beantragt, unter anderem um die Gefahr von Infektionsfällen, wie vor

einigen Monaten in einer Praxis im Kreis aufgetreten, zu verhindern. Diese Forderung muss durch die aktuelle Situation (zusätzliche Aufgaben des Kreises durch Pandemieplanung) bekräftigt werden. Darüber hinaus ist noch einmal auf die allseits bestehende Gefahr durch den MRSA-Keim (*MRSA=Methicillin-resistente Staphylococcus aureus*) zu verweisen.

Zitat aus einem Positionspapier des Landkreistages zum Thema: „Es ist wissenschaftlich nachgewiesen, dass eine konsequente Bekämpfung des MRSA-Problemkeims ... so kosteneffektiv ist, dass geringe Investitionen erhebliche Kosten einsparen können.“

Während in den Niederlanden die MRSA-Raten durch eine konsequente Bekämpfung gesenkt werden konnten, stagnieren sie in den übrigen Ländern Europas.

Der Landkreistag empfiehlt Netzwerke der unteren Gesundheitsbehörden, die partnerschaftlich mit Krankenhäusern, mit Ärzteschaft, mit Altenheimen, mit der Wissenschaft und Dialyseeinrichtungen zusammenarbeiten sollen. Dabei spielt die Kommunikation, die gegenseitige offene Information, spielen Fortbildung und Umsetzung der gesetzlichen Grundanforderungen eine große Rolle.

Die Aufstockung um mindestens eine Stelle im Kreis für Infektions- und Impfschutz halten wir Sozialdemokraten für zwingend notwendig. Wir beziehen uns diesbezüglich auf eine Forderung des Leiters des Instituts für Hygiene und Öffentliche Gesundheit an der Universität Bonn, Professor Dr. med. Exner, der in diesem Bereich dringend eine Optimierung der Personalsituation – insbesondere in den Kreisgesundheitsämtern – gefordert hat.

Ein Beispiel verdeutlicht das Problem: Die kreisfreie Stadt Köln hält eine ganze eigenständige Abteilung für Infektionsschutz vor, die auch entsprechend gut fachlich und personell ausgestattet ist. Im Rhein-Erft-Kreis lautet demgegenüber die Devise: „Jeder muss alles können.“ Hier werden wir nachbessern.

Darüber hinaus werden wir die **Impfschutzkampagne** im Kreis verstetigen und mit der notwendigen personellen Ausstattung versehen.

**Impfen und Infektionsschutz** haben nicht nur aufgrund der sich weltweit ausbreitenden so genannten Schweinegrippe eine außerordentliche Aktualität. Der Kreis muss sich beim Impfen und beim Infektionsschutz breiter engagieren. Eine Impfwache (wie kürzlich im Kreis durchgeführt) reicht bei Weitem nicht aus.

## 2. Gesundheitsprävention stärken.

Wir fordern außerdem, eine **Koordinierungsstelle für Gesundheitsprävention beim Rhein-Erft-Kreis** einzurichten. Denn besonders auf dem Gebiet der Gesundheitsprävention - besonders bei der Kindergesundheit, aber auch bei den anderen Altersgruppen - gibt es weiteren dringenden Handlungsbedarf.

Es gibt eine breite Zahl von Gesundheitsprogrammen des Bundes, der Kassen, der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung und anderer Institutionen, die wir im Kreis für unsere Kinder, Senioren und alle anderen Bürgerinnen und Bürger nutzen könnten. Eine Vernetzung dieser Programme auf Kreisebene halten wir für dringend geboten.

Der Kreis muss – wie viele Kommunen bereits – mehr in frühe Hilfen investieren, um die ungleiche Gesundheitschancen von Kindern früh kompensieren zu helfen.

Es gibt hierzulande eine große Zahl von Kindern, denen es sehr gut. Aus entsprechenden Studien wissen wir aber auch, dass gleichzeitig viele Kinder in prekären Lebensverhältnissen aufwachsen. Diesen Kindern und Jugendlichen fehlt ein entwicklungsförderndes Zuhause, und sie müssen unter belastenden Lebensbedingungen verharren.

Zitat aus der bundesweiten Untersuchung zur Kinder- und Jugendgesundheit, sogenannte KIGGS-Studie:

Beispiel Bewegungsbereich:

- 86 % der Kinder und Jugendlichen können nicht eine Minute lang einbeinig auf einer T-Schiene balancieren. 43 % der Kinder und Jugendlichen erreichen bei der Rumpfbeuge nicht das Fußsohlenniveau. Die Leistungen der Kinder und Jugendlichen im Standweitsprung haben sich seit 1976 um 14 % verschlechtert.
- 21,9 % der 11- bis 17-jährigen weisen Merkmale einer Essstörung auf; Mädchen sind fast doppelt so häufig betroffen wie Jungen. Kinder und Jugendliche aus sozial benachteiligten Schichten sind am stärksten betroffen. 15 % der 3- bis 17-jährigen sind übergewichtig (eine Verdopplung der Referenzdaten von 1985 bis 1999).
- 16,7 % aller Kinder leiden aktuell unter einer allergischen Erkrankung.
- Alle Auffälligkeiten zeigten sich verstärkt bei denjenigen, die eher in schwierigeren Verhältnissen aufwachsen. (Ausnahme: Allergien)

**Das frühe Erkennen von Beeinträchtigungen bei Kindern und die Suche nach frühen Hilfen müssen** in einer - ausreichend personell besetzten – Stelle **beim Kreis optimiert und mit überörtlichen Programmen vernetzt werden.**

Die Förderung der Kindergesundheit und der Kinderschutz sind interdisziplinäre Aufgaben, und sie befinden sich an der Schnittstelle zur Gesundheits- und Jugendhilfe.

Sie umfassen u. a. den öffentlichen Gesundheitsdienst, die Beratungsstellen und niedergelassene Ärzte. Die SPD will diese Optimierung und den notwendigen Ausbau gesundheitlicher und sozialer Unterstützungsnetzwerke fördern.

CDU und FDP haben die von uns beantragte personelle Ausstattung für diesen Bereich im Kreistag bisher abgelehnt. Dabei ist die von der SPD im Rhein-Erft-Kreis geforderte zusätzliche Koordinierungsstelle für Gesundheitsprävention lediglich eine Minimalforderung.

Der gesamte **Bereich der Kinder- und Jugendpsychiatrie** ist im Gesundheitsamt des Rhein-Erft-Kreises (im Gegensatz zu anderen Kreisen) derzeit überhaupt nicht

repräsentiert. Dabei besagen entsprechende Studien, dass 22% der Kinder- und Jugendlichen mehr oder weniger psychisch auffällig sind. Wenn sich diese Problematik unbehandelt auf jene Kinder als Erwachsene überträgt, steht das öffentliche Gesundheitssystem im Kreis vor weiteren Problemen. Es ist notwendig, dass der Kreis sich frühzeitig um solche Fälle kümmert.

Wir werden die Forderung nach der Kommunalwahl umsetzen.

Und wir fordern: Auch die **psychosoziale Gesundheit bei Jugendlichen im Kreis** ist zu **fördern**: Hierbei verweisen wir auf den aktuellen SPD-Antrag an den Kreis-Schulausschuss **„Schulsozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter an den kreiseigenen Berufskollegs“ einzustellen** (vgl. Antrag als Anlage)

Eine Unterstützung für die Schulsozialarbeit an den Berufskollegs des Kreises halten wir – nicht erst seit den Amokläufen an deutschen Schulen – für dringend notwendig.

Viele andere Kreise im Land nutzen ihre Möglichkeiten für eine bessere Prävention und Gesundheitsversorgung besser als der Rhein-Erft-Kreis.

Beispiele:

- Landkreise in Baden-Württemberg: Initiative bewusste Kinderernährung (BeKi)
- Kreisverwaltung Altenkirchen: Projekte zur Prävention von Essstörungen
- Landkreis Ost-Holstein und Plön: Aktionsplan Holsteinische Schweiz, „Ganztags leicht(er) leben“. Projekt zum Aufbau und zur Stabilisierung eines gesunden Lebensstiles für Kinder aller Schichten bis zum Grundschulalter
- Landkreise in Bayern: Fortbildungskampagne Dialog Bildung
- Gesundheitsämter des Saarlandes: „Gesunde Ernährung in Bildungs- und Betreuungseinrichtungen“
- Rhein-Sieg-Kreis: „Gesund im Alter“, Verbesserung des Bewegungs- und Ernährungsverhaltens bei Menschen ab 60 Jahren

Darüber hinaus gibt es eine Vielzahl von Initiativen in Kommunen und Kreisen, die sich allein unter dem Bundesprogramm InForm präsentieren. Der Rhein-Erft-Kreis nutzt bisher keines dieser Programme.

Dies werden wir Sozialdemokraten mit Landrat Hans Krings ändern.

Wir streben ferner eine Beteiligung des Rhein-Erft-Kreises am „Gesunde Städte Netzwerk der Bundesrepublik Deutschland“ an. In der „gesunden Stadt (bzw. dem gesunden Kreis)“ stehen Gesundheit, körperliches, seelisches und soziales Wohlbefinden im Mittelpunkt aller – nicht zuletzt der politischen – Entscheidungen.

### 3. Reihenuntersuchungen für Kinder und Jugendliche intensivieren.

Wir werden dafür sorgen, dass die **Reihenuntersuchungen** in den Kindergärten und Grundschulen wieder in breiten Umfang durchgeführt werden. Sie sollen über die Zahnprävention für kleine Kinder, Einschulungs- und Abschlussuntersuchungen sowie stichprobenartige Untersuchungen hinausgehen. Wir streben die Ausweitung von Reihenuntersuchungen auf Jugendliche an, an die der Rhein-Erft-Kreis als Schulträger beispielsweise über die Berufsschulen herantreten kann.

### 4. Angebote für Demenzkranke und ihre Angehörigen umfassend ausbauen.

Dies bedeutet: Der Rhein-Erft-Kreis muss die Chancen aus dem Pflege-Weiterentwicklungsgesetz des Bundes umfassend nutzen und muss unterstützend daran mitwirken, **Angebote und Unterstützung für Demenzkranke und ihre Angehörigen vor Ort zu schaffen.**

Das am 1. Juli 2008 deutschlandweit in Kraft getretene Pflege-Weiterentwicklungsgesetz war ein wichtiger Baustein, um die Situation der rund zwei Millionen Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen langfristig zu verbessern. Es galt zum einen auf die Herausforderungen des demographischen Wandels zu reagieren und zum anderen auf veränderte Bedürfnisse der Pflegebedürftigen und ihren pflegenden Angehörigen zu achten.

Durch verschiedene Leistungsverbesserungen soll die Lebenssituation dieser Menschen spürbar erleichtert werden.

Durch das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz werden die Leistungsbeträge schrittweise erhöht und es wurde eine Leistungsdynamisierung eingeführt.

Beispielsweise werden die ambulanten Sachleistungsbeträge bis 2012 schrittweise in allen drei Pflegestufen erhöht. Im stationären Bereich wird es zu Aufstockungen in Pflegestufe III und bei Härtefällen kommen.

Ebenfalls erhöht wurde das Pflegegeld für pflegende Angehörige. Damit sollte vor allem die ambulante Pflege gestärkt und so dem Wunsch vieler Pflegebedürftiger nachgekommen werden, die in ihrem gewohnten Umfeld Zuhause gepflegt werden möchten.

Die Pflege eines Angehörigen ist eine verantwortungsvolle und kräftezehrende Aufgabe. Diese Menschen brauchen Unterstützung, die sie nun zum Teil aus der Pflegeversicherung erhalten. Aber auch **der Kreis muss Demenzkranke und ihre Angehörigen unterstützen.**

Für die Unterstützung Demenzkranker und ihrer Angehörigen wollte die CDU/FDP Kreistagsmehrheit nicht einmal 15.000 € im diesjährigen Kreishaushalt finanzieren. Dies war der Betrag, den wir Sozialdemokraten für die „**Förderung niederschwelliger Angebote für Demenzkranke und ihre Angehörigen im Rhein-Erft-Kreis** und für die **Stärkung der gerontopsychiatrischen Versorgung im ambulanten und stationären Bereich**“ im Jahr gefordert hatte.

Hier geht es um Betreuung, die natürlich von der Krankenkasse oder auch von der Pflegekasse bezahlt wird. Nicht bezahlt wird jedoch der Anteil der ehrenamtlichen Arbeit, nicht bezahlt wird die Qualifizierung der ehrenamtlich Tätigen. Diese wollen wir stärken.

Wie wichtig die Entlastung und fachliche Unterstützung der Angehörigen ist, sehen wir an einer Schweizer Studie: 60 % der pflegenden Angehörigen werden selbst krank.

Die Versorgungsstrukturen für Demenzkranke im Rhein-Erft-Kreis müssen bedarfsgerecht ausgebaut werden. Bestehende niederschwellige Angebote für Demenzkranke und ihre Angehörigen sollen gesondert gefördert werden.

Der Rhein-Erft-Kreis muss darüber hinaus – in Abstimmung mit dem LVR und interessierten Trägern - auf eine umfassende gerontopsychiatrische Versorgung im ambulanten und stationären Bereich hinwirken. Hier passiert unter der derzeitigen schwarz/gelben Kreistagsmehrheit zu wenig.

Die Rhein-ErftSPD wird mit Hans Krings als Landrat die Demenz-Hilfen und gerontopsychiatrische Versorgung im ambulanten und stationären Bereich im Rhein-Erft-Kreis weiterentwickeln.

## 5. Pflegestützpunkte schaffen.

Aus dem Pflege-Weiterentwicklungsgesetz des Bundes ergibt sich ferner die Möglichkeit, **Pflegestützpunkte schaffen** zu können. Die SPD setzt sich dafür ein, dass diese Möglichkeit im Rhein-Erft-Kreis umfassend und breit genutzt wird (vgl. Anlage: zwei SPD-Anträge zur Errichtung von Pflegestützpunkten im Rhein-Erft-Kreis).

Mit Pflegestützpunkten sollen vernetzte, wohnortnahe Beratungsangebote entstehen. Fallmanagerinnen und Fallmanager sollen den Pflegebedürftigen und ihren Angehörigen zur Seite stehen. Sie sollen nicht nur beraten, sondern den Pflegefall während des gesamten Verlaufs begleiten: von der Entlassung aus dem Krankenhaus über Rehabilitationsmaßnahmen bis hin zur Pflege zu Hause oder in einer stationären Einrichtung.

Neben der Bereitschaft der Kranken- und Pflegekassen, Pflegestützpunkte im Rhein-Erft-Kreis zu errichten, ist es zu unterstützen, wenn mindestens einer von mehreren Pflegestützpunkten sich in kommunaler Trägerschaft befindet.

Dazu müssen Gespräche mit den Kommunen im Rhein-Erft-Kreis geführt und eine Analyse der vorhandenen kommunalen Pflegeberatungsangebote erstellt werden.

## **6. Programm für altersgerechtes Wohnen jetzt entwickeln und umsetzen.**

Das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz fördert darüber hinaus alternative Wohnformen. Pflegebedürftige können beispielsweise in Wohn- und Lebensgemeinschaften ihre Leistungen bündeln (sogenanntes „Poolen“ von Leistungsansprüchen) und ihre Pflegeangebote gemeinsam nutzen - auch dann, wenn sie im selben Haus oder in der Nachbarschaft wohnen. Davon profitieren die Pflegebedürftigen und die Pflegenden gleichermaßen.

**Pflegebedürftige können sich also in einem Wohnquartier zusammenschließen und einen Pflegedienst gemeinsam beauftragen.** Dies könnte beispielsweise auch durch Wohngenossenschaften vor Ort koordiniert werden.  
**Der Kreis könnte hier eine Vermittlerrolle übernehmen.**

Die genannten Beispiele neuer Leistungen für Demenzerkrankte durch das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz bringen den Betroffenen zwar bereits einige Verbesserungen.

Es gilt jedoch, die Möglichkeiten, die das Gesetz bietet, vor Ort - im Rhein-Erft-Kreis - konkret werden zu lassen. Und es gilt – um es noch einmal zu bekräftigen – dem demographischen Wandel im Rhein-Erft-Kreis aktiv zu begegnen.

Ältere Mitbürgerinnen haben andere Ansprüche an die Wohnung als Jüngere. Die Wohnung muss entsprechend angelegt oder umgestaltet werden. Dazu gibt es anerkannte Standards für die einzelne Wohnung, aber auch eine Reihe kreativer Lösungen für seniorengerechte Wohnformen.

Im ersten Konjunkturpaket des Bundes sind in 2009 80 Millionen Euro als zinsverbilligte Darlehen bei der Kreditanstalt für Wiederaufbau für den Programmteil **"Seniorengerechtes Wohnen - Altengerecht umbauen"** vorgesehen. Für die beiden Folgejahre sind ebenfalls 80 bis 100 Millionen Euro geplant.

Hier wollen wir ansetzen. **Der Kreis als Träger des Wohnungsamtes in dem überwiegenden Teil des Kreisgebietes soll nicht nur abwarten, bis sich jemand für die Mittel interessiert, sondern die Dinge jetzt aktiv in einem Programm angehen.** Nur so wird etwas geschehen und werden die Mittel des Konjunkturprogramms auch einen Effekt erzielen.

Zunächst muss überschlägig der Bedarf an zusätzlichen seniorengerechten Wohnungen ermittelt werden. Dann sollte der Kreis die im Kreisgebiet bekannten Wohnungsbauträger einladen, den Bedarf darstellen, für den Umbau und den Neubau derartiger Wohnungen

werben und Unterstützung im Einzelfall zusagen, sowohl bei der Grundstücksbeschaffung, Planung und Finanzierung. Bei dem Versprechen sollte es nicht bleiben, der Kreis soll vielmehr seinen Einfluss bei Kommunen und Banken geltend machen.

Ein besonderes Schwergewicht sollte beim Umbau liegen. Dafür sprechen einmal die zur Verfügung stehenden günstigen Mittel des Konjunkturprogramms, aber auch planerische Aspekte. Ältere Mitbürgerinnen und Mitbürger wollen inmitten der Gesellschaft und in einem intakten Wohnumfeld leben.

Entsprechend sollte auch Neubauten angelegt werden. Wo Neubauten altengerechte Wohnungen geplant werden, sollte die Möglichkeit zur Schaffung weiterer, über das Experimentierstadium hinausgehender Mehrgenerationenhäuser angegangen werden.

Entscheidend ist, dass die **Mittel des Konjunkturpakets**, aber auch die anderen Vorschläge das Stadium abwartender Angebotsplanung verlassen und aktiv auf der Grundlage eines Konzepts angegangen werden.

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands**  
**SPD-Fraktion Rhein-Erft-Kreis**

SPD-Fraktion Rhein-Erft-Kreis - Willy-Brandt-Platz 1 - 50126 Bergheim

Herrn Landrat  
 Werner Stump

im Hause

12.01.2009

**Antrag zur nächsten Sitzung des Kreisausschusses am 05.02.2009**

Sehr geehrter Herr Landrat,

die SPD-Kreistagsfraktion beantragt, folgenden TOP auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Kreisausschusses am 05.02.2009 setzen:

**Errichtung von Pflegestützpunkten im Rhein-Erft-Kreis**

**Beschlussempfehlung:**

1. Der Kreisausschuss des Rhein-Erft-Kreises fordert die Landesregierung Nordrhein-Westfalen auf, ihr Recht aus dem Pflege-Weiterentwicklungsgesetz des Bundes wahrzunehmen und die Errichtung von Pflegestützpunkten in NRW voranzutreiben. Dabei sollen auch die bestehenden erfolgreichen Strukturen auf kommunaler Ebene genutzt werden.

2. Die Kreisverwaltung wird beauftragt,

- für den Rhein-Erft-Kreis ein ausgewogenes Konzept zur Bildung von Pflegestützpunkten auf der Grundlage des Pflege-Weiterentwicklungsgesetzes zu erstellen, mit den zuständigen Stellen (Pflegekassen und Krankenkassen) sowie den weiteren Akteuren, insbesondere auch den Selbsthilfeinitiativen und den Wohlfahrtsverbänden, abzustimmen und umzusetzen.
- Dabei sind die bisherigen Beratungsstrukturen einzubeziehen, auszubauen und gegebenenfalls zu ergänzen, so dass die vom Bundesgesetzgeber geforderte umfassende und unabhängige Auskunft und Beratung sowie die Vernetzung wohnortnah erfolgen kann. Dabei ist auch der sozialräumliche Ansatz zu berücksichtigen. Beratung soll dazu dienen, die Betroffenen und ihre Angehörigen in die Lage zu versetzen, ihre Situation zu bewerten und unter Betrachtung verschiedener Handlungsmöglichkeiten die für sie beste auswählen zu können. Hierzu ist eine unabhängige Beratung notwendig, die die Gesichtspunkte der Lebenssituation, des Verbraucherschutzes und eine unabhängige Würdigung von Anbietern und Pflegekassen berücksichtigt.

SPD-Fraktion Rhein-Erft-Kreis  
 Willy-Brandt-Platz 1  
 50126 Bergheim

Tel.: 022 71 - 83 18 12  
 Fax: 022 71 - 83 23 15  
 spd-fraktion@rhein-erft-kreis.de  
 www.rhein-erft-spd.de

Bahn-Haltepunkte:  
 Bergheim und Zieverich  
 Bus-Haltepunkte:  
 Am Knüchelsdamm und Kreishaus



neue Homepage: [www.spd-fraktion-rhein-erft-kreis.de](http://www.spd-fraktion-rhein-erft-kreis.de)

-2-

- Bei der Ausgestaltung der Pflegestützpunkte ist das Potenzial an entsprechenden Diensten, Initiativen und Trägern im Rhein-Erft-Kreis und in den kreisangehörigen Kommunen einzubeziehen. Möglichst in jeder Stadt sollte ein Pflegestützpunkt eingerichtet werden.

**Begründung:**

Aus dem vom Bundestag verabschiedeten Gesetz zur strukturellen Weiterentwicklung der Pflegeversicherung ergeben sich neue Chancen hinsichtlich der Beratung von Betroffenen und Angehörigen sowie der Vernetzung von Pflegeangeboten vor Ort.

Das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz, das zum 01.07.2008 in Kraft trat, sieht erstmals die Einrichtung von Pflegestützpunkten vor. Aufgabe dieser Pflegestützpunkte ist es,

- die Auskunfts- und Beratungsangebote der verschiedenen Sozialleistungsträger rund um die Pflege zu verbessern und
- die wohnortnahe Versorgungs- und Betreuungsangebote sowie die sozialen Hilfs- und Unterstützungsangebote zu koordinieren. Dabei sollen auch Selbsthilfeorganisationen und bürgerschaftliches Engagement mit berücksichtigt werden.

Die für die Schaffung von Pflegestützpunkten zur Verfügung gestellten Mittel aus dem Ausgleichsfonds der Pflegeversicherung kommen jedoch nur zum Einsatz, wenn in den jeweiligen Bundesländern entsprechende Regelungen getroffen werden. Während Bundesländer wie Rheinland-Pfalz oder das Saarland die Einrichtung von Pflegestützpunkten aktiv unterstützen, verhielt sich die NRW-Landesregierung bisher zögerlich bis ablehnend gegenüber der Schaffung von Pflegestützpunkten. Dabei konnte NRW bis zu 13 Millionen Euro diesbezüglich an Fördermitteln abrufen.

Zwischenzeitlich gibt es Anzeichen dafür, dass die anfänglichen politischen Gegner des Konzeptes in NRW die bestehenden Chancen sehen und aufgreifen wollen; damit auch in NRW entsprechende Beratungskapazität über Mittel der Kranken- und Pflegekassen finanziert werden kann.

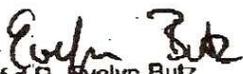
In diesem Zusammenhang ist es für den Rhein-Erft-Kreis wichtig, zeitnah entsprechende Aktivitäten zu entwickeln.

Die Verwaltung soll daher beauftragt werden, ein entsprechendes Konzept der wohnortnahen Beratung, unter Einbeziehung der vorhandenen Senioren- und Behindertenberatungsstrukturen, zu entwickeln.

Dabei halten wir es für erforderlich, die vorhandenen Angebote des Kreises, der Kommunen und entsprechender Anbieter (wie der Wohlfahrtsverbände) neu zu ordnen und auszubauen.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Helga Kühn-Mengel MdB  
Fraktionsvorsitzende

  
f.d.R. Evelyn Butz  
Fraktionsgeschäftsführerin

Verteiler:  
Fraktionen

Sozialdemokratische Partei Deutschlands  
**SPD-Fraktion Rhein-Erft-Kreis**

SPD-Fraktion Rhein-Erft-Kreis · Willy-Brandt-Platz 1 · 50126 Bergheim

An den Vorsitzenden des Ausschusses  
für Soziales, Gesundheit, Senioren und Familie  
Herrn Dr. Jürgen Rolle  
Am Quechenhauf 18

50259 Pulheim

04.05.2009

**Sitzung des Ausschusses für Soziales, Gesundheit, Senioren und Familie am  
28.05.2009**

Sehr geehrter Herr Dr. Rolle,

die SPD-Kreistagsfraktion beantragt, den nachfolgenden Punkt auf die Tagesordnung  
der o.g. Sitzung zu setzen:

**Weitere Maßnahmen zur Errichtung von Pflegestützpunkten  
im Rhein-Erft-Kreis**

**Beschlussempfehlung:**

Die Kreisverwaltung möge in der o.g. Sitzung des Ausschusses für Soziales,  
Gesundheit, Senioren und Familie über den aktuellen Sachstand zur Errichtung von  
Pflegestützpunkten im Rhein-Erft-Kreis berichten.

Neben der Bereitschaft der Kranken- und Pflegekassen, Pflegestützpunkte zu errichten,  
ist es zu unterstützen, wenn auch einer von mehreren Pflegestützpunkten sich in  
kommunaler Trägerschaft befände.

Dazu sollen Gespräche mit den Kommunen im Rhein-Erft-Kreis geführt und eine  
Analyse der vorhandenen kommunalen Pflegeberatungsangebote erstellt werden.

**Begründung:**

Auf Antrag der SPD-Kreistagsfraktion vom 12.01.2009 wurde das Thema „Errichtung  
von Pflegestützpunkten im Rhein-Erft-Kreis“ in der Kreisaußschusssitzung am  
05.02.2009 behandelt. Die SPD hatte sich in diesem Antrag unter anderem dafür  
eingesetzt, die Errichtung von Pflegestützpunkten im Rhein-Erft-Kreis intensiv  
voranzutreiben und dabei auch die bestehenden erfolgreichen Strukturen auf  
kommunaler Ebene zu nutzen.

SPD-Fraktion Rhein-Erft-Kreis  
Willy-Brandt-Platz 1  
50126 Bergheim

Tel.: 02271 - 831812  
Fax: 02271 - 832315  
spd-fraktion@rhein-erft-kreis.de  
www.rhein-erft-spd.de

Bahn-Haltepunkte:  
Bergheim und Zieverich  
Bus-Haltepunkte:  
Am Knüchelsdamm und Kreishaus



-2-

In der genannten Kreisausschusssitzung wurde dann der einstimmige Beschluss gefasst: „Der Rhein-Erft-Kreis wird Pflegestützpunkte einrichten und sich dabei engagieren. Die Verwaltung wird beauftragt, die Gespräche mit Beteiligten zu führen und den Kreistag und seine Ausschüsse einzubeziehen, um es dann zur Reifung einer Beschlussfassung im Konkreten kommen zu lassen.“

Das Pflege-Weiterentwicklungsgesetz des Bundes (das zum 01.07.2008 in Kraft trat) sieht erstmals die Einrichtung von Pflegestützpunkten vor. Aufgabe dieser Pflegestützpunkte ist es,

- die Auskunfts- und Beratungsangebote der verschiedenen Sozialleistungsträger rund um die Pflege zu verbessern und
- die wohnortnahen Versorgungs- und Betreuungsangebote sowie die sozialen Hilfs- und Unterstützungsangebote zu koordinieren. Dabei sollen auch Selbsthilfeorganisationen und bürgerschaftliches Engagement mit berücksichtigt werden.

Es gilt, die Vernetzung abgestimmter pflegerischer Versorgung und Betreuung zu ermöglichen.

Die SPD-Kreistagsfraktion setzt sich dafür ein, dass im Rhein-Erft-Kreis ein umfassendes Angebot dieser wohnortnahen und neutralen Auskunfts- und Beratungsstellen rund um die Pflege geschaffen wird.

Nach langem Zögern der Landesregierung wurde in NRW zwischenzeitlich eine Landesrahmenvereinbarung zur Errichtung von Pflegestützpunkten (mit Wirkung zum 1. Mai 2009) abgeschlossen. Die Landesverbände der Pflege- und Krankenkassen und die Landesvertretung der Ersatzkassen haben diese Rahmenvereinbarung über die Errichtung von Pflegestützpunkten in NRW am 27.02.2009 mit den kommunalen Spitzenverbänden und dem NRW-Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales gemäß § 92c Abs. 8 des Elften Buches Sozialgesetzbuch (SGB XI) geschlossen.

Die Landesrahmenvereinbarung für NRW sieht vor, dass der Zeitraum bis Ende 2010 als Start- und Erprobungsphase gilt, die einvernehmlich verlängert werden kann. In dieser Phase ist vorgesehen, drei Pflegestützpunkte je Kreis bzw. je kreisfreier Stadt einzurichten. In großflächigen Kommunen und in Ballungsräumen mit hoher Einwohnerzahl können in dieser Phase aber auch schon mehr als drei Pflegestützpunkte eingerichtet werden, wenn sich alle Träger hierauf verständigen.

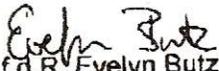
Entscheidend ist, dass die Menschen wohnortnah - auch unter Einbeziehung mobiler Pflegestützpunkte - ein hochwertiges, unabhängiges, qualitätsgesichertes Beratungsangebot erhalten. Dieses ist nach der Erprobungsphase zu evaluieren.

-3-

Die Kreisverwaltung hat zwischenzeitlich mehrere an der Pflege im Rhein-Erft-Kreis beteiligte Anbieter eingeladen, um mit ihnen über die Errichtung von Pflegestützpunkten im Rhein-Erft-Kreis zu sprechen. Der Sozialausschuss sollte über das Ergebnis dieser Gespräche informiert werden, um die weitere Vorgehensweise beraten zu können.

Mit freundlichen Grüßen

gez. Helga Kühn-Mengel MdB  
Fraktionsvorsitzende

  
f.d.R. Evelyn Butz  
Fraktionsgeschäftsführerin

Verteiler:  
Fraktionen

**Sozialdemokratische Partei Deutschlands**  
**SPD-Fraktion Rhein-Erft-Kreis**

SPD-Fraktion Rhein-Erft-Kreis · Willy-Brandt-Platz 1 · 50126 Bergheim

Vorsitzende des Schulausschusses  
Frau Heidemarie Tschepe  
Buchenweg 1  
50259 Pulheim

29.04.2009

**Antrag zur Sitzung des Schulausschusses am 03.06.2009**

Sehr geehrte Frau Tschepe,

die SPD-Kreistagsfraktion beantragt hiermit, folgenden TOP auf die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Schulausschusses am 03.06.2009 zu setzen:

**Schulsozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter  
an den kreiseigenen Berufskollegs**

**Beschlussentwurf:**

Die Verwaltung wird beauftragt, die Möglichkeiten des Rhein-Erft-Kreises aus dem Runderlass des NRW-Ministeriums für Schule und Weiterbildung vom 23.01.2008 zu prüfen, zusätzliche Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter an den Berufskollegs des Kreises zu beschäftigen.

Der besondere Bedarf der jeweiligen Berufskollegs für eine verstärkte Sozialarbeit ist hierbei zu berücksichtigen.

Bezüglich eines notwendigen finanziellen Anteils des Schulträgers sind die Mittel überplanmäßig zur Verfügung zu stellen.

**Begründung:**

Die Nachfrage nach Angeboten der Schulsozialarbeit ist in den letzten Jahren stetig gestiegen. Insbesondere in den Berufskollegs ist ein deutlicher Bedarf festzustellen, der einerseits auf die gesamtgesellschaftliche Situation, sicher aber auch auf die derzeit schwierigen wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und fehlende Zukunftsperspektiven (steigende Arbeitslosigkeit) zurückzuführen ist. Der Anteil berufsunreifer und schwer vermittelbarer Jugendlicher nimmt zu und wirkt sich negativ auf den Schulalltag aus.

Die SPD-Kreistagsfraktion hat im Gespräch mit den Berufskollegs im Rhein-Erft-Kreis erfahren, dass die Schulen im Kreis die Beschäftigung von Schulsozialarbeitern als dringend geboten erachten.

SPD-Fraktion Rhein-Erft-Kreis  
Willy-Brandt-Platz 1  
50126 Bergheim

Tel.: 022 71 - 83 18 12  
Fax: 022 71 - 83 23 15  
spd-fraktion@rhein-erft-kreis.de  
www.rhein-erft-spd.de

Bahn-Haltepunkte:  
Bergheim und Zieverich  
Bus-Haltepunkte:  
Am Knüchelsdamm und Kreishaus



-2-

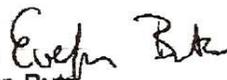
Gemäß Runderlass des NRW-Ministeriums für Schule und Weiterbildung vom 23.01.2008 wäre es im Rhein-Erft-Kreis möglich, Schulsozialarbeiter für die Berufskollegs einzustellen.

Die Berufskollegs könnten demnach Fachkräfte für Schulsozialarbeit auf veranschlagten Lehrerplanstellen befristet oder unbefristet beschäftigen. Die unbefristete Einstellung von Fachkräften für Schulsozialarbeit auf Stellen des Landes Nordrhein-Westfalen an den Berufskollegs soll grundsätzlich in dem Umfang erfolgen, wie die jeweilige Kommune / der jeweilige Schulträger gleichzeitig sozialpädagogisches Personal für Schulsozialarbeit aus eigenen Mitteln zur Verfügung stellt. Das Land stellt grundsätzlich volle Stellen zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

gez.  
Helga Kühn-Mengel MdB  
Fraktionsvorsitzender

gez.  
Helmut Latak  
Kreistagsabgeordneter

f.d.R.   
Evelyn Butz  
Fraktionsgeschäftsführerin

Verteiler: Landrat, Fraktionen